

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Stadt-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Straßendruck 2.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Verlagsort: Köln Nordend 2895 und 2896.

Interesse haben die achtzigjährige Kompanieoffiziere über dem Namen L. 20 III., Wortzeichen des jetzigen Wert 80 Pf., ichen neuen Wert 20 Pf. Leasinggesellschaften 20 Pf. Familien- und Veranlassungen 1919 der Zeitungsart. Interessierte für den bezugsfolgenden Tag wählen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10. Verlagsort: Köln Nordend 2895.

STREIFHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streit im Mansfelder Bergbau.

Ein neuer wirtschaftlicher Kampf.

Und wird gemeldet: Das selbstherrliche Gebaren des Direktors und des Betriebsleiters des Getriebler Messing- und Kupferwerkes, die sich nicht einmal der Verordnung der Regierung gefügt und die Wahl eines Betriebsrates nicht zugelassen haben, hat schon seit langem einen tiefen Groll unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die Mißstimmung ist zum Ausbruch gekommen. Infolge Nichtauszahlung von vereinbarten Löhnen sind am 1. August die Arbeiter in den Ausstand getreten und haben den Direktor sowie den Betriebsleiter ihres Amtes entlassen. Daraufhin wurde der Betriebsrat durch Ausschüsse bekannt gegeben, daß alle Arbeiter entlassen seien. Auf Grund dieses provokatorischen Vorgehens erklärte sich die Belegschaft der Maschinenwerkstatt in Getriebel mit den Arbeitern solidarisch, und sowohl Arbeiter als auch Beamte legten geschlossen ihre Arbeit nieder.

Die Streikbewegung im Ruhrrevier.

Duisburg, 1. August. Wolffs Bureau meldet: In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der streikenden Hüttenarbeiter wurde mit großer Stimmenmehrheit der sofortige Abbruch des zur Erzwingung der Freilassung der politischen Gefangenen in West in Szene gesetzten Streiks beschlossen. Dagegen verharren die Arbeiter der Zeche Diergardt noch im Streik.

Eine neue Note an General von der Goltz.

H Haag, 2. August. Aus London wird gemeldet: „Daily Chronicle“ berichtet, daß der Oberste Alliierte Rat General von der Goltz eine neue Note sandte, in der er ihm fünf Tage für die Ausarbeitung eines Planes zur Räumung von Evros zur Verfügung stellte. Die Räumung selbst muß bis zum 20. August vollzogen sein. Wenn nötig, wird die britische Admiralität Transportschiffe zur Verfügung stellen.

Die Streikbewegung in der Schweiz.

Zufruf zum Generalfreik.

Zürich, 1. August. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschengentur heißt es in einem Aufruf des Arbeiterbundes zum Generalfreik, der Kampf richtete sich gegen die unausführlichen Preisforderungen. Die Arbeiterschaft stelle die kategorische Forderung auf sofortigen Preisabbau für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände.

Zwei Todesopfer.

Basel, 1. August. (Schweizerische Depeschengentur.) Bei einem Zusammenstoß mit jungen Burschen, die gegen ein Militärautomobil Steine warfen, worauf dieses feuerte, wurden zwei Personen getötet und fünf verletzt.

Der Streit der englischen Polizeibeamten.

Rotterdam, 1. August.

„Daily News“ meldet: In den frühen Morgenstunden hatte eine ansehnliche Zahl von Polizeibeamten in London die Arbeit eingestellt. Die Mitglieder des Polizeiverbandes erklärten, daß die organisierte Arbeiterschaft einstimmig hinter ihnen stehe. Das Blatt glaubt, daß der Streit ernste Folgen haben könne, es heißt, daß die Elektricitätsarbeiter gedroht haben, den Strom für die Londoner Beleuchtung abzuschneiden, um die Polizei zu unterstützen und daß auch die Lokomotivführer mit tabakalen Maßnahmen drohen.

Die „Times“ schreibt, daß der Vorsitzende des Polizeiverbandes und diejenigen, die mit ihm in den Ausstand getreten sind, noch heute ohne Pension entlassen werden würden. Der sozialdemokratische „Daily Herald“ berichtet, daß heute bereits 65 000 Polizeibedienstete die Arbeit eingestellt hätten.

H. N. Haag, 2. August.

Aus London wird gemeldet: Der Londoner Polizeistreik hat nur kurze Zeit gedauert. In ganzen haben nur 800 von den 3000 Polizeiangestellten nicht gearbeitet. Sämtliche Streikenden wurden entlassen.

Das Urteil im Wilhelmshavener Hochverratsprozeß

Wilhelmshaven, 1. August.

Im Hochverratsprozeß gegen Jörn und Genossen wurde heute wegen Hochverrats nach § 51 des Strafgesetzbuches, unter Annahme widerwärtiger Umstände, Jörn zu 4 Jahren, Blod zu

6 Jahren, Schmelzer und Weiland zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Maßlose indirekte Steuerpläne.

Weimar, 1. August.

Zwischen den Rechtssozialisten und Herrn Erzberger ist eine Verständigung über die Behandlung der Steuererlasse dahin erfolgt, daß zunächst alle direkten Steuererlasse erledigt werden sollen. Herr Erzberger hat sich damit einverstanden erklärt, hat aber sogleich angekündigt, daß er nach der Erledigung der direkten Steuern mit horrenden indirekten Steuervorlagen kommen werde. Der Entwurf über die Umsatzsteuer läßt in dieser Richtung vieles vermuten.

Der Gedanke, durch indirekte Steuern erfassen zu können, was durch direkte Steuern nicht mehr weggesteuert werden kann, ist volkswirtschaftlich völlig verfehlt. Es ist lediglich die Maßnahme auf den Steuererwillen der Befehlshaber, die zur Einbringung indirekter Steuervorlagen führt. Wenn tatsächlich eine weitere Anspannung der direkten Steuern unmöglich ist, weil nichts mehr da ist, was weggesteuert werden könnte, so können auch indirekte Steuern da nichts mehr herausholen, wo nichts mehr ist. Wenn es so weit ist, dann ist eben der Staatsbankrott da.

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Die militärische Besetzung des Rheinlandes.

Die deutsche Kommission für das Rheinlandabkommen hatte an die Entente Forderungen wegen der Ausführung der militärischen Besetzung gestellt. Wie offiziell mitgeteilt wird, ist diesen in einer Reihe von wesentlichen Punkten Rechnung getragen worden. Die Antwort der Entente war im allgemeinen von persönlicher Weise erfüllt. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages genau erfüllt, werde die Besetzung so wenig drückend als möglich sein. Die Bevölkerung soll die freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte genießen, ebenso werde die Verkehrsfreiheit zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten Deutschlands gewährleistet. Der bevorrechtete Gerichtsstand, den die Angehörigen der Alliiertenarmee genießen, darf nicht an deutsche Staatsbürger erteilt werden. Die Einkünfte des Reiches und der Bundesstaaten in den besetzten Gebieten sollen von den zuständigen deutschen Behörden vereinnahmt und verwaltet werden. Die Freiheit des Verkehrs durch Briefe, Telegramme oder Fernsprecher zwischen dem besetzten und nicht besetzten Gebiet wird wieder hergestellt. Jede Einmischung in die innere Organisation Deutschlands wird abgelehnt. Der öffentliche Unterricht bleibt ein Bestandteil der deutschen Zivilverwaltung. Fremdsprachiger Unterricht auf Anordnung der Besatzungsmächte soll nicht eingeführt werden.

Die Lieferung von Mineralen und Erzen.

Am Freitag fand in Versailles eine Besprechung über die Frage der Lieferung von Mineralen und Erzen aus Lothringen und Frankreich nach Deutschland statt. Wenn es gelingt, die Kohlenförderung auf einen höheren Stand zu bringen, so soll damit zu rechnen sein, daß eine Unterbrechung in den Mineralerlieferungen nicht eintritt.

Die Beratungen über die Entschädigung.

H. N. Haag, 2. August.

Die deutschen und alliierten Delegierten hatten gestern eine Beratung über die Feststellung der von Deutschland zu leistenden Entschädigung. Die deutsche Kommission für den industriellen Wiederaufbau ist gestern in Spaa eingetroffen.

Besetzung Bulgariens durch die Entente.

HN. Sulest, 2. August.

Die Agentur Dacia meldet aus Sofia: Mit Rücksicht auf die Zusammenstöße zwischen den Bulgaren und französischen Truppen hat der Oberkommandierende der alliierten Truppen, General Franchet d'Espèrey, die Besetzung Bulgariens durch französische Truppen beschloffen, die die Aufrechterhaltung der Ordnung und den ganzen Sicherheitsdienst übernehmen werden. Über Sofia, Rustschuk, Warna und Schumla wurde der Belagerungsstatus verhängt.

Eisenbahnstreik in Ungarn.

Bern, 1. August.

In Ungarn sind städtische Eisenbahnen wegen Nichterfüllung ihrer Hofauforderungen in den Streik getreten, welcher der Regierung unangenehm kommt, weil die neue Ernte abgeerntet werden soll.

Regierungswechsel in Ungarn.

Die heute früh veröffentlichte Meldung über den Rücktritt des regierenden Kabinetts der ungarischen Republik und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aus den Vertretern der Gewerkschaften ist nach den in den letzten Tagen sich häufenden Nachrichten über das Vordringen der rumänischen Truppen und die zunehmende wirtschaftliche Krise im Innern nicht überraschend gekommen. Die Regierung Bela Kun hat aus dieser Lage die Konsequenzen gezogen und ihr Mandat in die Hände des Zentralarbeitsrates zurückgelegt. Dieser wiederum hat sofort alle Maßnahmen ergriffen, um eine aus Vertretern der Arbeiterschaft bestehende Regierung mit der ausübenden Gewalt zu betrauen.

Die neugebildete Regierung besteht in ihrer Mehrheit aus führenden Mitgliedern des leitenden Zentralkomitees der Arbeiterräte, wie Peter Agoston, Alexander Garbai, Anton Dobos, Josef Haubrich, Frank Knittelhofer und Karl Bayer. Unter diesen Genossen, von denen namentlich Peter Agoston und Alexander Garbai ein großes Ansehen unter der Arbeiterschaft besitzen, sind folgende Vertreter der Gewerkschaften in die Regierung entsandt worden: Julius Weidel, Karl Garami, Josef Miklits und Viktor Knaller. In welchem Verhältnis die neugebildete Regierung zu dem leitenden Zentralkomitee steht, und welche Änderungen in dem Aufbau der Staatsgewalt überhaupt getroffen worden sind, geht aus den bisherigen Meldungen nicht hervor. Es ist aber anzunehmen, daß der leitende Zentralkomitee, der die souveräne Regierungsgewalt des ungarischen Proletariats repräsentiert, sich nicht auflöst, sondern gemeinsam mit der neugebildeten Regierung jene Maßnahmen ergreift, die im Interesse der Aufrechterhaltung der politischen Macht des Proletariats, der Herstellung einer Verständigung mit der Entente und des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens erforderlich sind.

Die neugebildete Regierung trägt einen gemäßigteren Charakter als die zurückgetretene Regierung Kun. Es ist auch wahrscheinlich, daß in der diktatorischen Regierungsmethode, die bisher geübt wurde, eine Änderung eintritt und den darin zielenden Wünschen breiter Kreise der organisierten Arbeiterschaft Rechnung getragen wird. Die Hauptsache ist und bleibt aber, daß die Regierungsgewalt nach wie vor in den Händen der Vertreter des Proletariats ruht, das ebenso wie vor Ausbruch der Revolution am 21. März die einzige Kraft darstellt, die in der Lage ist, das Land aus der ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Krise zu befreien.

Daß die innerpolitische Situation in Ungarn vor Ausbruch der Märzrevolution diesen Charakter hatte, hat noch vor wenigen Tagen der damalige Ministerpräsident Graf Michael Karolyi in einem längeren Bericht in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ dargelegt, in dem er die Geschichte seiner Abdankung schildert. Entgegen der bisherigen Annahme, der er aus bestimmten Gründen nicht entgegentrat, stellt Graf Karolyi an Hand dokumentarischen Materials fest, daß er und seine Regierung zurücktraten, um die Gewalt in die Hände einer sozialdemokratischen Regierung zu legen. Dieser Schritt unterließ aber, weil die Kommunisten, gestützt auf die Soldaten und Matrosen, die Macht ergriffen und dann gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei, die sich mit ihr vereinigte, die Republik proklamierten und die Regierung bildeten, an deren Spitze Bela Kun stand.

Graf Karolyi erklärt ausdrücklich: „Ich habe die Macht dem Proletariat nicht übergeben, da es dieselbe schon früher durch planmäßigen Aufbau eines sozialistischen Staates erlangen hatte. Ich befürchte: andere Wohl? Entweder nutzloses Blutvergießen oder mit dem fait accompli (vollendete Tatsache) füge. Ich hätte wohl die billige Rolle eines Märtyrers der Bürgerlichkeit spielen können — sie hätte mir kaum etwas anderes als meine Verhaftung geliebt; aber Hunderte von Menschenleben wären dadurch gefährdet worden. Dabei konnte ich mir nicht vorstellen, daß die Arbeiterschaft unter der Führung der ehemaligen sozialistischen Minister die Schattenseiten des russischen Experiments vermeiden werde, wenn sich die Sachen glatt und ohne Widerstand der Bourgeoisie entwickeln würden. Ferner konnte ich mir nicht vorstellen, daß das einzige Proletariat den Verteidigungskrieg gegen die Zerschlagung des Landes nun mit einseitiger moralischer Kraft aufnehmen werde.“

Diese Annahme des Grafen Karolyi hat sich zum Teil in der Tat erfüllt. Das ungarische Proletariat hat sich im Verlauf seiner viermonatigen Herrschaft mit erstaunlicher Energie durchgesetzt und gegen eine Welt von Feinden behauptet. Es ist als einheitliche, geschlossene Masse der Entente und ihren Anhängern, des Rumänen und Litwaken

...entgegengetreten. Es hat mit heldenhafter Auf-
opferung an allen Fronten gekämpft und eine Reihe von
Siegen gegen die Soldlinge der ungarischen, rumänischen
und tschechischen Magnaten errungen, die, gestützt auf die
Entente, einen eisernen Ring um die ungarische Arbeiter-
republik zu ziehen bestrebt waren. Es hat endlich, ohne
keine innere Kraft in inneren Parteikämpfen zu vergeuden,
den Wert der großen sozialen Umgestaltung im Innern in
Angriff genommen und den Versuch gemacht, die Umgestal-
tung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialisti-
sche durchzuführen.

Dieser Versuch ist, das muß leider festgestellt werden,
dem ungarischen Proletariat bisher nicht geglückt. Die
Schwierigkeiten, gegen die das ungarische Proletariat zu
kämpfen hatte, waren zu groß, als daß es sie aus eigener
Kraft hätte überwinden können. Die ungarische Rote Armee
konnte zwar siegreich gegen die rumänischen und tschecho-
slowakischen Truppen vorgehen. Es konnte aber nicht gegen
die ungeheure Macht des Ententekapitalismus ankämpfen,
der den Ring um Sowjetrußland immer fester zog, die rumä-
nischen, tschechischen und tschechischen Magnaten finanziell
und militärisch unterstützte und durch die Aufrechterhaltung der
Blockade und das Abschneiden wichtiger Rohstoffgebiete die
Industrie in Ungarn lähmte, die Kohlenversorgung
unterband und die Lebensmittelversorgung der Städte ge-
fährdete. Alle Maßnahmen, die die Regierung auf dem
Gebiete der Sozialisierung der Industrie und der Landwirt-
schaft traf, wurden durch diese Faktoren in Frage gestellt
oder zur Ergebnislosigkeit verurteilt.

Es waren aber nicht nur diese Schwierigkeiten allein,
gegen die die ungarische Räteregierung zu kämpfen hatte.
Vela Kshin hat in seinem Referat vor dem leitenden Zentral-
ausschuß am 15. Juli treffend den Kernpunkt der inneren
Krise in Ungarn aufgedeckt, indem er auf die Entstehung
der ungarischen Diktatur zurückging:

„Die Einführung der Diktatur des Proletariats in Ungarn
— so führte er aus — war nicht das Ergebnis eines
Kampfes, das den Charakter eines Ringens um die Macht
gehabt hätte. Ein glückliches Zusammenreffen
gewisser internationaler politischer Verhält-
nisse ließ das ungarische Proletariat zur Macht gelangen.
Die Festigkeit der Macht beruht aber sehr viel dadurch, daß die
Verzierung der Macht fast ohne Kampf erfolgt ist.“

Vela Kshin folierte aus dieser Tatsache die Notwendig-
keit einer Verschärfung der Diktatur, die dann
aller Schwierigkeiten Herr werden würde. Er unterließ
es aber, darauf einzugehen, daß diese „Festigkeit“ der prole-
tarischen Diktatur nicht bloß eine Folge des Willens
des Proletariats, sondern nur das Ergebnis seiner vollstän-
digen Schwächung, der sozialen Differenzierung im Lande und
des gewissen Komplexes der ökonomischen Verhältnisse sein
kann. Wie die Dinge liegen, vermochte die von Vela Kshin
proklamierte Diktatur weder der äußeren Schwierigkeiten
Herr zu werden, noch auch die fundamentale Tatsache zu
überwinden, daß der nach Landbeständen strebende ungarische
Landarbeiter und Kleinbauer sich nicht in den Rahmen der
Entente einfügen lassen.

Bedeutet dieser Wierwerg Vela Kshin den Bankrott
der revolutionären Bewegung des ungarischen Prole-
tariats? Bedeutet er keine Kapitulation vor der ungarischen
Konterrevolution und keine Rückkehr zum Kapitalismus?
Daran kann nur glauben, wer, wie die bürgerliche Presse
und der „Vorwärts“, diesen Bankrott schlichtlich her-
beizuhinken, um seine eigene rein kapitalistische Denkart zu
rehabilitieren. In Wirklichkeit liegen die Dinge in Ungarn,
trotz der ungarischen Krise, die das Land jetzt durchlebt,
keineswegs so, daß man an der revolutionären Bewegung
des ungarischen Proletariats verzweifeln dürfte. Die
Führer des ungarischen Proletariats werden wohl in ihrer
Loyalität den bestehenden Verhältnissen mehr wie bisher Rech-
nung tragen und davon Abstand nehmen müssen, die Ent-
wicklung über's Maul zu brechen. Sie sind jetzt not-
gedrungen zu dem Ausgangspunkt der ungarischen Revo-
lution am 21. März zurückgekehrt, wo eine rein

sozialistische Realisierung auf die Tagesordnung ge-
stellt wurde. Sie stehen zwar augenblicklich einer
viel schwierigeren wirtschaftlichen Lage gegenüber wie
vor vier Monaten, sie können sich aber in ihrer
Tätigkeit auf die revolutionäre Kampfesfähigkeit der
Proletariatsmassen stützen, die sich den konterrevolutionären
Bestrebungen der bestehenden Mächte nicht unterwerfen
werden. Sie haben auch die Erfahrung ihrer viermonatigen
Kämpfe hinter sich, daß nur ein einheitliches ge-
schlossenes Proletariat seinen Willen durchsetzen
kann, und sie können sich auch auf die Sympathien des
Proletariats aller Länder stützen, das den heldenhaften
Kampf der ungarischen Arbeiterklasse aufmerksam verfolgt
und neuerdings durch den aktiven Kampf des Entente-
proletariats gegen die Militärintervention ihrer Regie-
rungen in Ungarn seine kampfbereite Solidarität dar-
zulegen hat.

Die Totengräber der ungarischen Revolution trium-
phieren zu früh. Noch steht das ungarische Proletariat,
ausgerüstet mit den Mitteln der vollstän-
digen Macht, als ein-
heitliche Masse da. Seine Chancen sind zu stark und un-
sicher, das Chaos zu meistern. Gelingt es, den Führern
des ungarischen Proletariats die politische Macht, wenn
auch in anderer Form, zu bewahren, gelangt es ihnen, an
einer halbwegs erträglichen Verständigung mit der Entente
und ihren Helfershelfern zu gelangen, so ist Ungarn als
Stützpunkt der kommenden großen Auseinandersetzung
zwischen Arbeit und Kapital nicht verloren.

Die neue Wendung in Ungarn.

Ein Aufruf der neuen Regierung.

Budapest, 1. August. (Ungar. Korrespondenz.)

Die neue Regierung wendet sich an die gesamte Bevölkerung
des Landes mit einem Aufruf, in dem es heißt: Der regierende
Nrat ist in Konsequenz der mit der Entente ge-
schlossenen Verbindungen zurückgetreten. Die Regie-
rungsorgane haben altertümliche Pflichten der Arbeiter-
gewerkschaften übernommen. Jeder Arbeiterrat bleibt auf
seinem Platze.

Bei der Entente wurden die notwendigen Schritte im Inter-
esse des Wohls des ungarischen Landes gemacht. Die Wieder-
aufstellung des aus tausend Wunden blutenden Landes, die
Schaffung des Friedens und die Sicherung der Ernährung der
Bevölkerung sind Aufgaben, welche die Regierung nur unter Auf-
rechterhaltung des inneren Friedens, der Ruhe und der Ordnung
erfolgreich lösen kann. Die Regierung erklärt in der Lösung
dieser Fragen ihre ersten und wichtigsten Aufgaben und bittet
die gesamte Bevölkerung des Landes eindringlich, die Ruhe zu
wahren und weitere Besetzungen der Regierung mit Vertrauen
abzuwarten.

Verhängung des Standrechts.

Budapest, 1. August.

Kriegsminister Gombocz hat für das Gebiet des
4. Korps (Budapest) das strengste Standrecht angeordnet.
Wer die Ordnung stört, pfändere oder seinen Befehlen nicht Folge
leistet, werde auf der Stelle erschossen. Die Sperrstunde wird auf
8 Uhr festgelegt. Die dienstfreien Angehörigen der Roten Wache
und der Roten Armee haben sofort in ihre Kasernen einzurücken.

Ruhe in Budapest.

Budapest, 1. August. (Ungar. Korrespondenz.)

In der Stadt herrscht musterhafte Ruhe und Ordnung.

Verhandlungen mit der Entente.

Wien, 1. August.

Im Auftrage des neuen Ministeriums ist der Präsident des
Budapester Arbeiter- und Soldatenrates Kellner in Wien ein-
getroffen. Er begab sich sofort zu den Vertretern der Entente-
missionen, um Verhandlungen mit der Entente ein-
zuleiten. Vor allem wird die Frage der rumänischen Operationen
behandelt.

macht werden, daß jeder die ihm zugewiesene kleine Haus-, Gar-
ten- und Feldarbeit leistet und keiner sich Übergriffe der vorher
berühmten Hausordnung zu Schulden kommen läßt. Die Mahl-
zeiten finden gemeinsam statt. Schwere Überreizungen kommen
vor das Ordnungsgesicht, wobei der Lehrer schulpflichtig den
Vorstoß führt.

So mögen Landkinder und „Herrnhäuser“ denn doch noch
zu etwas nütze werden; mögen sie helfen, ein neues, selbst-
bewußtes und starkes Geschlecht ohne Klassenunter-
scheid heranzuziehen. Paul Scholtz.

Theater am Bülowplatz.

„Der Rubeigen“, Oper von Wilhelm Kienzl.
bildete gestern die Eröffnungsvorstellung der Sommeroper, die
unter der Direktion von Heinrich Best und der künstlerischen
Leitung von Maximilian Moris im Theater am Bülowplatz ihren
Eingang hielt. Das Stück, dessen Text der bekannte Roman von
Gautier, Barthelemy's „Die kleine Blanche“ entlehnt ist, ist
erfüllt von der gährenden Stimmung in Paris zu Beginn der
Revolution von 1789. Auf diesem Hintergrund spielt sich der
dramatische Konflikt zwischen Blanche, der Gattin des Kom-
mandanten, und dem Unteroffizier im Schweizer Regiment Pe-
trus Thaller ab, der zwischen der Liebe zur reizenden Blanche-
fleur und der Ehrfurcht nach der Heimat, an die ihn die Klänge
des vaterländischen Aufgebens erinnern, hin und her gezwungen wird.

Die Rolle der Blanche spielte Margarete Schle-
müller, geschäftlich und darstellerisch ganz ausgezeichnet. Ihr
Partner Adolf Lehmann bot als Primus Thaller gefang-
lich eine prächtige Leistung. Auch die übrigen Rollen waren
in guten Händen. Das von Eugen Böcklich geleitete
Bläser-Orchester brachte die Stimmungsbilder Musik gut
zur Geltung. J. O.

Eine praktische Erfindung.

Ein junger französischer Physiker Poisson, hat einen
Apparat erfunden, der es Unbefugten unmöglich macht,
telephonische Gespräche zu belauschen. Der junge Physiker kam
auf den Gedanken, durch Einschaltung eines Unterbrechers die tele-
phonischen Gespräche für unbefugte Zuhörer unverständlich zu
machen. Wenn man nämlich die Stromschwankungen stört, werden
die Gespräche für Dazwischen sehr unverständlich. Unterbricht man den

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Der Nationalversammlung ist ein Entwurf zugegangen
über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Der § 1
des Entwurfs lautet:

§ 1. Das Reich ist befugt: 1. das Eigentum an Anlagen,
die zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in
einer Spannung von 50 000 Volt bestimmt sind und zur Ver-
bindung mehrerer Kraftwerke dienen, 2. das Eigentum an An-
lagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerke) mit
einer Leistung von 5000 Kilowatt, die im Eigentum privater
Unternehmen stehende Rechte zur Ausübung von Wasser-
elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen usw., 3. Privat-
unternehmen zustehende Rechte zur Ausübung von Wasser-
elektrischer Arbeit für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Lei-
stungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz
überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Be-
triebe bestimmt sind, einschließlich des Eigentums an den in Aus-
übung dieser Rechte errichteten Anlagen und des Rechtes auf
Benutzung technischer Vorarbeiten gegen angemessene
Entschädigungen zu übernehmen.

Die Entschädigung für Übernahme von Anlagen be-
steht, wie es weiter heißt, in den Beschäftigungskosten, unter
Verpflichtung angemessener Abschreibungen. Dem Reichs-
schatzminister wird für die Durchführung des Gesetzes ein
Geldbetrag bis zu einer Milliarde Mark zur Ver-
fügung gestellt.

Die Großzügigen.

In der „Deutschen Zeitung“, die jede andere Tendenz
hinter die Rebhühner zurückgestellt hat, finden wir das
folgende Telegramm:

Herrn Dr. Meißner, Berlin

Die Arbeiter fordern die Auslieferung sämtlicher deutschen
Kriegsschiffe.

Aus London wird gemeldet: Der Minister für das Aus-
wärtige, General Balfour, erklärte, daß sämtliche deutschen
Kriegsschiffe den Alliierten ausgeliefert werden müssen, daß
aber noch nicht feststehe, welche England davon behalten
werde. Die Auslieferung der Kriegsschiffe soll durch eine inter-
nationale Kommission für Luftwesen erfolgen, und zwar durch
die britische Abteilung dieses Ausschusses.

Die Herren sind wahrhaftig großzügig. Wenn die
Meldung richtig ist und die Alliierten tatsächlich die Aus-
lieferung sämtlicher deutscher Kriegsschiffe fordern, so werden
sie für gestörte Luftschiffe eine Entschädigung beanspruchen.
Die Entschädigung wird weder die „Deutsche Zeitung“, noch
Ihr Entschädiger, die Schwerindustrie zahlen, sondern der
deutsche Arbeiter mit seiner Arbeit. Und mit dem Arbeiter
Schindler zu treiben, ist ja die alte Methode der All-
deutschen.

Die Rechtsklassen und die Schutzschilde. In einem
telephonischen Bericht der „Freiheit“ aus Weimar hieß es,
in der Debatte über die Schutzschilde im rheinischen Industrie-
gebiet habe der Reichsjournalist Griebig sich durch Zwischenruf
besonders hervorgetan. Herr Griebig legt Wert auf die Fest-
stellung, daß jene Zwischenrufe nicht von ihm, sondern von dem
Abgeordneten Griebig aus Kempten gemacht wurden.

Verfall und Wohnungsnot. Die Mitternachtsmission in
Hamburg hatte an der Senat eine Eingabe gerichtet, die zahl-
reichen Vorderhäuser in Hamburg für Arbeiterwohnungen freizuge-
ben. Das folgende Antwortschreiben zeigt wieder einmal das
geringe soziale Interesse der neuen Behörden, die es ablehnen,
die seit alters her geübte Schutzherrschaft über den Vorderhaus-
besitz aufzugeben: Auf Ihren Antrag vom 2. April d. J. um
Aufhebung der Vorderhäuser (1) gehts Belämpfung der
Wohnungsnot, teile ich Ihnen ergeben mit, daß der Senat dem
Antrage keine Folge zu geben vermag.

Der Preisverleih mit Jällen. Nach einer Mitteilung der
Malländer Oberpostdirektion ist der Preisverleih von und nach
Deutschland wieder aufgenommen; ausgenommen bleiben Druck-
sachen. Doch regt über die Aufhebung der Zensur keine Nach-
richt vor.

Neue Jugend.

Durch die farbigen getönten Wände des Laubwaldes klingen
ein Jagdschützen, wo der verlassene Serenismus in den in-
stimmigen Klängen mancher erloschenen Stunde verbleibt. Nicht aber
hohes Hindernis aus den geistlichen Fenstern in den prächtigen,
schwarzen Holzstümpfen. Da schallt eine bunte Knaben-
stimme: „Der Schulafter kommt!“ Sogleich öffnet sich die Gänge-
tür und etwa 30 bis 40 Knaben verschiedener Alters stürzen ins
Freie, wo sie sich zwanglos aufstellen. Aus den Augen strahlt
Lebenslust und die ehemals blauen Wangen der Großstadtler
sind hell und geblüht.

Ein herrliches „Guten Morgen“ ertönt dem Lehrer, dem Leiter
dieser Knaben, entgegen. Kameradschaftlich schüttelt er jedem
Knaben die Hand. Die tägliche Wanderung beginnt, wobei der
Lehrer in allen Elementarfragen anständig unterrichtet,
denn es ist eine Maßnahme mit Wunderrückblick bei jeder nur
erreichlichen Witterung. Dorum sind die selbstbewußt aufstretenden
Knaben auch körperlich gut entwickelt und laugen von Lebens-
lust. Wie der Aemarch gut findet, werden schnell einige Frei-
übungen gemacht, um die Geschmeidigkeit der Muskeln zu fördern.
Nun wird ein Wunderrückblick angestimmt und fort geht es, lässlich nach
einer anderen Übung.

In einem ... auf einem Berge, an einem Bache wird Gast
genommen und ... müssen die Kinder mit eigenen Worten die
Wandlung schildern.

... in der Muttersprache bel Knappen, richtiger Aus-
druck ist das Ziel dieses Unterrichts. Nachmittags
werden ... dann Wärme, Gaipe, Steine usw. geben genug
Aufgabenmaterial. Eine Pflanze wird beschrieben, geographische
Betrachtungen angestellt und über physikalische Kräfte der
Wasser Erde gesprochen. Dabei wird auch das Rechnen nach der
freien Natur geübt. Die Schulbank ist heiß und diese, die
Lafel die Wärme der Spiegelschale des Lehrers. Kein
Schmerzhaft fällt, geschweige denn ein Schlag. Es ist eine
keine Schulpflicht.

Nach der Heimkehr von der Wanderung abtut in jeder Stunde
der gewählte Lehrer darauf, daß die schriftlichen Arbeiten ge-

*) Der Verfasser hat an das Kultusministerium eine Eingabe
geschickt und um dessen Vermittlung zur Freigabe ehemaliger
preussischer Schützen, Kronzeuger und dergl. ersucht, um dort kleine
„Schulgruppen“ zu errichten. Knaben und Mädchen sollen
dort gemeinsam aufwachen können, essen, lernen und erziehen
werden. Die kleinen von Plan für sehr gutausgerüstet und be-
kannnt.

Strom mit einer Frequenz von 0 bis 120, so verändert sich die
Stimme und wird ungleichmäßig. Von 125 bis 170 Unterbrechun-
gen besteht man wieder etwas besser, während die Erhebung bei
210 bis 270 Unterbrechungen abermals zunimmt. Von 290 Unter-
brechungen anfangen sich die Stimme jedoch wieder klarer,
Poisson versuchte nun, den Unterbrecher durch einen Strom-
umformer zu ersetzen. Der rasche Stromwechsel verändert den
telephonischen Gleichstrom, so daß das Gespräch die ganze Leitung
erlangt vollkommen unverständlich wird, indem es den Eindruck
einer eigenartigen Sprache erweckt. Am Bestimmungsort wird der
Strom dann durch entsprechende Umformer wieder zu ununter-
brochenem Gleichstrom umgewandelt, so daß der Zuhörer am
anderen Ende der Leitung das Gespräch in normaler Weise hört,
wogegen das Telephongehörnis auf dem ganzen Wege vom Ab-
gang, bis zum Endpunkt der Leitung gewahrt bleibt. Poisson
bezeichnet seinen Apparat mit dem Namen „Kryptophon“.

Es ist nur zu hoffen, daß diese Erfindung gerade bei und recht
bald in die Praxis umgesetzt wird, damit die unerhörte Verhö-
lung die heute allen „politisch Verdächtigten“ bei ihren Telephon-
gesprächen zuteil wird, endlich unmöglich gemacht wird.

Theater am Bülowplatz.

Theater an der Gartenbergstraße in der Rome
eines neuen Theaters, das Direktor Hans Scharf im Herbst
dieses Jahres im Gebäude des Bankiers-Schier-Kassinos eröff-
nen wird. Der Theaterraum faßt etwa 1000 Personen und erhält
einen modernen Bühnenaufbau, zu dem die Pläne fertiggestellt
sind. Direktor Scharf wird im Rahmen des jüngsten Berliner
Bühnenkaufes ein modernes literarisches Programm pflegen.
Im Berliner Theater sind sämtliche Vorstellungen
außer an den Sonntagen, bis zum 20. d. M. an die Gewerks-
schaften verpachtet.

Eine deutsch-französische Gesellschaft ehemaliger Weltkriegs-
(Association franco-allemande et internationale des anciens
combattants de la grande guerre) ist in Genf gebildet worden.
Sie soll sich aus solchen alten Kämpfern der früheren welt-
lichen Länder zusammenschließen, die aus den Schrecken des Krieges
die Lehre gezogen haben, für eine künftige Verhinderung der völ-
kerlinguistischen. Die Gesellschaft wird eine eigene Zeitschrift
in deutscher und französischer Sprache herausgeben. Ihre Adresse
ist Genf, Postfach 896, Montblanc. Ihr Sekretär ist der Wirt-
schafter des Genfer Hotels „La Bellevue“, Arthur Leuba, das
Präsidium hat Romains Rolland und Boelchly
als Mitglieder übernommen.

Scheidemanns Notizen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht Herr Philipp Scheidemann eine Reihe von Aufzeichnungen, die er sich in den Tagen der Reichstagsresolution und der Papstnote im Juli, August und September 1917 gemacht hat. Am 1. Juli habe Erzberger erklärt, daß unter allen Umständen Frieden geschlossen werden müsse. Drei Tage später seien Hindenburg und Ludendorff telephonisch nach Berlin berufen worden, weil sich hier merkwürdige Dinge abspielten. Am 28. August hat Kühlmann, der damalige Staatssekretär des Auswärtigen, im Siebenerauschuß über die Stellung der Regierung zur Papstnote berichtet. Dem Papst sei ein Zwischenbericht vorgelegt worden, dadurch habe man Zeit zur Ausarbeitung der Antwort bekommen. Man sei irrend möglich sei, solle bei der Verantwortung der Papstnote der Entente die Vorhand gelassen werden. England stehe scheinbar den päpstlichen Anregungen nicht unsympathisch gegenüber. In der Ausdrucksweise Scheidemanns die Erklärung verlangt, daß Deutschland bereit sei, Belgien zu räumen. Erzberger meinte, die Antwort müsse ganz allgemein gehalten sein. Die päpstliche Formeln über Belgien seien für uns sehr gut. Erst etwa zwei Wochen später hört man wieder etwas über den Gang der Sache. Kühlmann habe Scheidemann zu sich gerufen und dort folgendes gesagt:

Die Antwort auf die Note des Papstes werde, soweit die allgemeinen Gesichtspunkte in Betracht kommen, ganz in dem Sinne gehalten sein, wie sie der Siebener-Auschuß gewünscht habe. Das seien alle Erörterungen zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der Centralmächte, soweit Belgien in Betracht komme, völlig negativ verlaufen. Alle unsere Bundesgenossen hätten diesen Einwand gemacht: wenn von Belgien gesprochen werde, sei es notwendig, daß z. B. Oesterreich auch von Triest und vom Trentino spreche, Bulgarien von diesen und die Türkei von jenem. Jeder der Bundesgenossen habe unter Berufung auf Belgien gewisse Spezialwünsche geäußert, daß schon deshalb auf die Eroberung Belgiens keine Rücksicht genommen werden müsse. Aber es kommen noch andere wichtige Gesichtspunkte hinzu. Die Dinge hätten sich in der letzten Zeit so gestaltet, daß wir in der Tat unsere einzige Karte aus der Hand geben würden, wenn wir die vom Siebener-Auschuß verlangte Erklärung über Belgien öffentlich abgeben.

Scheidemann habe hier eingeworfen, daß das die alte Roberti in neuer Aufmachung sei. Kühlmann meinte dazu, daß man nicht vor Beginn der Verhandlungen durch eine öffentliche Erklärung die Verhandlungen überflüssig machen könne. Die Regierung wolle in Bezug auf Belgien so verfahren, wie es die Resolution des Reichstags vom 19. Juli und der Siebenerauschuß verlange. Scheidemann sagte dazu, daß er über die Stellungnahme der Regierung gegenüber Belgien sehr überrascht sei. Darauf Kühlmann: Die Sache sei vollkommen mit der Antwort an den Papst einverstanden, sie bestehe nicht darauf, daß über Belgien öffentlich gesprochen werde. Scheidemann antwortete darauf:

Angenommen, daß alles, was Sie sagen, richtig ist, was aber erzählt davon das deutsche Volk, was erzählt das Ausland, namentlich auch das neutrale, von allem, was jetzt Sie, die Arie, ich und vielleicht die Mitglieder des Siebener-Auschußes besagen? Es kommt darauf an, Rücksicht zu nehmen auf die Stimmung im Inlande, und die Antwort so abzufassen, daß uns die Brücke zu Verhandlungen unter keinen Umständen verschlagen wird. Meiner festen Ueberzeugung nach kommen wir nicht zu Verhandlungen, wenn wir nicht sofort eine bestimmte Erklärung über Belgien abgeben. Abgesehen von meinen grundsätzlichen Erwägungen, kann ich mich nicht denken, daß die Reichstagsmehrheit sich mit dem Schweigen über Belgien einverstanden erklären könnte. Befänge es gar, die öffentliche Meinung so zu dirigieren, daß man das Schweigen als einen Triumph der Alldeutschen auffassen kann, was bei dem Schlimmsten auch im Innern zu befürchten ist.

Kühlmann erwiderte, daß er in der Einschätzung dieser Elemente der gleichen Meinung sei, daß seien aber alles nur persönliche Erwägungen. In der weiteren Aussprache verhielt sich Kühlmann, daß binnen drei bis vier Wochen Verhandlungen zwischen England und Deutschland über die belgische Frage im Gange sein würden. In der tags darauf folgenden Sitzung des Siebenerauschußes berichtete Scheidemann über diese Aussprache mit Kühlmann und er verlangte, daß die deutsche Stellung zu Belgien präzisiert werden müsse, es sei denn, daß Herr von Kühlmann andere Gründe dagegen habe. Scheidemanns Aufzeichnungen berichten nun über die darauf folgende Debatte:

Kühlmann schwieg sich aber aus, weil er längst gewußt hätte, daß er die Mehrheit des Auschußes schon gewonnen hätte. Ich sah es mit der Bemerkung, daß wir auf Beachtung unserer Wünsche im Siebener-Auschuß dringen müßten; wir legen keinen Wert darauf, die Verantwortung mit zu tragen für Verschleppungen, auf die wir dort keinen ausschlaggebenden Einfluß gehabt hätten.

Reberbach machte sofort große Konzessionen... Er unterließ aber den von Scheidemann ausgesprochenen Wunsch, daß in präziser Wendung auf die Stellungnahme der Mehrheit des Reichstags Bezug genommen werde. Dadurch konnten wohl auch die sozialistischen Bemerkungen des Ansehins alldeutscher Kreise besänftigt werden...

Es sprachen dann der Reichstagsler, Stresemann und v. Payer, dann Erzberger: Ich hätte die Erklärung, daß die Resolution die Richtschnur für die Regierung sei, für die ernsthafteste, die seit drei Jahren abgegeben wurde. Vor zehn Tagen sei das Verlangen, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben, berechtigt gewesen, heute nicht mehr.

Reber (in einer ausführlichen Rede) gegen Erzberger gewendet: Er könne nicht zugeden, nachdem was er heute hier gesagt habe, daß die Sachlage eine andere sei als vor zehn Tagen.

Aus diesen Aufzeichnungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, welche weitestgehende Rolle nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch der Reichstagsauschuß für die auswärtigen Angelegenheiten in diesen Tagen gespielt hat. Von Anfang an schon hat die deutsche Regierung die Note des Papstes nur imhaltend beantwortet wollen. Später wollte sie überhaupt keine präzise Antwort über den Kern der ganzen Angelegenheit, die belgische Frage, mehr abgeben. Am 10. September haben dann die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, mit Einschluß des Herrn Erzberger, diese Haltung der Regierung gebilligt, auch sie haben es nicht mehr für notwendig erachtet, die öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Inzwischen war nämlich Riga erobert worden, und die Gasoffensive gegen die Italiener hatte der

Deutschen und Oesterreichischen Heeresleitung einen lakonischen Erfolg eingebracht. Daraus zogen die Regierung und die bürgerlichen Parteien den Schluß, daß Verständigungsversuche jetzt nicht mehr notwendig seien.

Das alles haben Herr Scheidemann und seine Freunde geteilt. Gerade die Notizen Scheidemanns liefern den schlüssigen Beweis dafür, daß die Rechtssozialisten über die Pläne der Regierung unterrichtet waren und auch darüber, daß die Regierung die Juli-resolution des Reichstags in ihrem Sinne, nämlich in alldeutsch-annexionistischem Sinne auslegen wollte. Ueber den Eroberungscharakter der deutschen Kriegsführung konnte also mindestens seit diesen Tagen für die Rechtssozialisten auch nicht der mindeste Zweifel mehr bestehen. Trotzdem haben sie noch Jahre hindurch alle Kredite für die Kriegsführung bewilligt und die Kriegspolitik der deutschen Regierung durch dick und dünn verteidigt.

Es ist also eine große Ironie der öffentlichen Meinung, wenn die Rechtssozialisten heute behaupten, sie seien von den Enthüllungen Erzbergers überrascht, sie seien von der Regierung belogen und betrogen worden. Nein, sie sind mitschuldig daran, daß der Krieg nicht rechtzeitig abgebrochen, daß die Herbeiführung des Friedens schon vor Jahren verhindert worden ist. Sie sind mitverantwortlich für die Katastrophe der alten Regierung, sie haben teilgenommen an dem Lug und Trug gegen das deutsche Volk.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Amsterdam, 1. August.

In der heutigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftskongresses verlas der Vorsitzende ein Telegramm der Organisation der gewerkschaftlichen Kriegsgefangenen in Berlin, in dem sie ersucht, etwas für die Befreiung der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen zu tun, die unter elenden Umständen im Auslande wohnen. Denzilles (England) schlug vor, diese Angelegenheit dem neuen Bureau anzuvertrauen, das sich mit den neuen Organisationen in den Entente-Ländern in Verbindung setzen und mit ihnen zusammenarbeiten soll, um eine Lösung herbeizuführen. Der Vorsitzende beauftragte die französischen, amerikanischen und englischen Delegationen zu beauftragen, daß sie in dieser Angelegenheit bei ihren Regierungen Schritte unternehmen. Williams (England) erklärte als Mitglied des englischen Parlaments, es sei wiederholt auf die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen gedrungen worden. Die Bemühungen würden fortgesetzt werden. Der Antrag des Vorsitzenden wurde angenommen.

Bezüglich der Festsetzung der Beiträge wurde der Antrag von Hanning (England) angenommen, wonach von je 1000 Mitgliedern 12 Gulden jährlich beigetragen werden sollen, um nicht durch einen zu hohen Beitrag die kleinen Organisationen abzuschrecken.

Ferner wurde der Antrag der Kommission, den neuen internationalen Gewerkschaftsbund am 1. Juli 1919 in Wien als Weltkongreß zu lösen, angenommen.

Ein von Jouhaux (Frankreich), Appleton (England) und Sassenbach (Deutschland) eingebrachter Antrag, daß die Gewerkschaftsverbände beauftragt werden sollen, ihre Regierungen aufzufordern, ihren Gesandtschaften Attaches für soziale Angelegenheiten beizufügen, die von den Gewerkschaften angelesen werden sollen, wurde angenommen.

Comper (Amerika) erklärte, Amerika beansprache wegen der Entfernung von Europa keine Stelle im Bureau; er schlug vor, Appleton (England) zum Vorsitzenden zu wählen. Thorberg (Schweden) beantragte die Wahl Oudegeests. Gewählt wurde Appleton mit 51 gegen 18 Stimmen, die auf Oudegeest fielen. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Jouhaux mit 20 Stimmen gewählt, 10 Stimmen fielen auf Legien. Als Kandidat eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurden Legien und Sassenbach vorgeschlagen. Beide lehnten die Kandidatur ab. Legien sagte, als Vorsitzender sei ein Kamerad aus seinem Land vorgeschlagen worden. Der Kongreß habe aber sowohl zum Vorsitzenden, als auch zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Mitglieder aus derselben Gruppe der Kriegsführenden Länder gewählt. Daran spreche eine solche Wahlrichtung für Deutschland, daß die Deutschen im Bureau keinen Sitz zu haben wünschen. Darauf schlug man Hueber (Deutsch-Oesterreich) zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden vor. Hueber lehnte mit der Bemerkung: „Wir leben zusammen und bleiben zusammen“, ab. Hierauf wurde Mertens (Belgien) als Kandidat vorgeschlagen, und schließlich auch gewählt. Die Delegierten Dänemarks, Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, Schwedens und Norwegens enthielten sich der Abstimmung. Mertens nahm die Wahl trotzdem an.

Die französische Delegation beantragte Oudegeest und Zimmer zu Sekretären oder Kassierern zu wählen. Beide erklärten, sich erst mit der holländischen Delegation besprechen zu müssen. Später erklärte der Vorsitzende, daß er und Zimmer sich im Interesse der Internationale bereit erklären, die Kandidatur unter der Bedingung anzunehmen, daß sie beide zu Sekretären mit gleichen Rechten gewählt würden. Zimmer stellte noch die Bedingung, daß er nur dann gewählt zu werden wünsche, wenn seine Gegenkandidaten aufgestellt werden und die Wahl mit überwiegender Mehrheit gefälle. Es dürfe nicht vorkommen, daß sich, wie bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden, von 40 Stimmberechtigten 21 weigern, mitzustimmen. Schließlich wurden Oudegeest und Zimmer mit 35 Stimmen gewählt.

Aus diesen Abstimmungen spricht nicht, wie Herr Legien meint, die Wichtigkeit vor Deutschland, sondern daß wir uns gegen die deutschen Gewerkschaftsführer. Nach ihrem Verhalten in der Kriegszeit mußten sie damit rechnen, und es hat keinen Zweck, daß sie sich jetzt gekränkt fühlen. Vertrauen bei den anderen Ländern kann Deutschland nur dadurch erwerben, wenn es beweist, daß es gewillt ist, mit der Vergangenheit vollkommen zu brechen. Von diesem Willen ist freilich bei den Herren um Legien nichts zu spüren.

Amsterdam, 2. August.

Auf der gestrigen Nachmittagsitzung des Kongresses fragte Tobin (Amerika), warum die deutsche und Oesterreichische Delegation sich an der Vorgesitzung des Kongresses nicht beteiligt hätten, trotzdem die Engländer Sassenbach oder Hueber eine Stelle im Bureau angeboten hätten. Der Vorsitzende stellte fest, daß Legien nicht um das Wort bitte und daß daraus ersiehend angenommen werden müsse, daß Legien der Ansicht ist, daß die Gründe dafür von ihm bereits genügend dargelegt worden seien. (Wesfall bei der deutschen Delegation.) Bei der Wahl Oudegeests und Zimmer zum Sekretär und Kassierer des Bureaus enthielten sich die deutschen Delegierten der Abstimmung. Jouhaux erklärte sich mit seiner Wahl zum ersten Vizepräsidenten einverstanden. Zu Delegierten der verschiedenen Ländergruppen im Bureau wurden gewählt für Nordamerika Samuel Comper für Mittel-

und Südamerika Marzolis (Argentino), für England und Irland William Williams, für Belgien, Frankreich und Luxemburg Da Roulin, für Italien, Spanien und Portugal Cabellero. Bezüglich der Gruppe Deutschland und Oesterreich erklärte Hueber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Kongreß die beiden Delegationen die Beschäftigung darböte, ob sie einen Delegierten für das Bureau ernennen sollen, bis noch der Tagung der Centralräte in Berlin und Wien entschieden werden.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 11 der von Dr. Max Reichschiff herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Monatszeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Die Grundsätze von Max Reichschiff; Der Zusammenbruch der deutschen Weltenspolitik, von H. Stein; Von den notleidenden Schwerindustrie, von Industrius; Aus der Internationale.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag Dr. Reichschiff, Berlin W. 16, zum Preise von vierteljährlich 6 Pf. zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pf.

Gewerkschaftliches.

Das Strafrecht des Schlichtungsausschusses.

Ein Beitrag zur Berichterstattung des „Vorwärts“.
In dem Artikel in Nr. 888 des „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 11. Juli 1919 unter der Überschrift: „Das Strafrecht des Schlichtungsausschusses“ schreibt uns Genosse Rusch vom Metallarbeiter-Verband:

In diesem Artikel wird gesagt, sämtliche Arbeitnehmerschlichter des Schlichtungsausschusses, die berufen waren, den Siemensstreikfall zu schlichten, waren der grundsätzlichen Auffassung, daß, wenn künftig Anschläge der Betriebsleitung abzuwehren wären, dieses Vorrecht den Arbeitgebern das Recht geben würde, die sofortige Entlassung auszusprechen.

Der „Vorwärts“ bzw. der Einsender des Artikels stellt die Dinge denn doch auf den Kopf. Die Arbeitnehmerschlichter haben lediglich erklärt: „Wenn durch den Schlichtungsausschuß festgestellt würde, daß die Firma Siemens das Recht habe, eigenmächtig Bekanntmachungen und Anschläge zu veröffentlichen,“ in jedem künftigen Falle, wo Bekanntmachungen entzweit würden, der Schlichtungsausschuß entscheiden müßte: „Die Entlassung sei zu Recht erfolgt.“ Was gab bei der Firma Siemens die Veranlassung zum Streit? Die Arbeiter der Firma Siemens glaubten mit der Firma endgültig vereinbart zu haben, daß Anschläge am schwarzen Brett von Seiten der Direktion nicht gemacht werden dürfen, wenn die Gegenzeichnung des Arbeitnehmerschlichters vorhanden war. Daß diese Auffassung bei der Arbeiterschaft bestehen konnte, wurde in dem vom Schlichtungsausschuß ausgesprochenen Schlichtspruch anerkannt. Seitens der Arbeitgeberseite wurde nun eine Bestrafung derjenigen Arbeiter verlangt, die Bekanntmachungen, welche die Gegenzeichnung nicht trugen, abgeben haben. Dieser Auffassung traten die Arbeitnehmerschlichter energisch entgegen. Wenn schon der Schlichtungsausschuß anerkennt, daß zum mindesten ein Teil der Arbeiter des guten Willens sein könnte, es bestände die abgenannte Vereinbarung, und selbst in der Sitzung des Schlichtungsausschusses festgestellt wurde, daß diese Vereinbarung nicht endgültig abgeschlossen sei, so konnte man unserer Ansicht nach der Firma das Recht nicht gegeben, die am Entzweit der Bekanntmachungen Beteiligten sofort zu entlassen. Prinzipiell haben die Arbeitnehmerschlichter der Auffassung widersprochen, daß der Ausschuß Strafen verhängen könne. Die Verordnung vom 28. 12. 18 über die Errichtung von Schlichtungsausschüssen sagt nichts über Strafen, die der Schlichtungsausschuß verhängen könne. Für die angelegene Verordnung und für das Strafrecht der Schlichtungsausschüsse kommen im wesentlichen die gleichen Vorschriften, die für die Einigungsstellen der Gewerbebetriebe maßgebend sind, in Frage. Es sind dies die §§ 60 und 68 bis 78 des Gewerbevertrags-Gesetzes. Stellt man sich auf diesen Rechtsboden, so muß man den Streitfall Siemens anders beurteilen, als der „Vorwärts“, bzw. der Einsender des Artikels. Der Schlichtungsausschuß mußte sich die Frage vorlegen, ob im vorliegenden Falle, wo eine Verständigung über das Anschlagwesen nicht bestand, die Entzweitung der Bekanntmachungen ein so schweres Vergehen bedeutet, daß die Entlassung gerechtfertigt war. Wurde diese Frage mit „Ja“ beantwortet, so wäre die Entlassung zu Recht erfolgt! Der Schlichtungsausschuß nahm diesen Standpunkt jedoch nicht ein, weil, da das Anschlagwesen im Betrieb nicht geregelt war, er die Arbeiterschaft den guten Willen nicht absprechen konnte, beantwortete er obige Frage mit „Nein“! Er hätte also gerechtfertigt die bedingungslose Wiederentlassung verfügen müssen. Ein Drittes, das Verhängen einer Strafe gab es nicht! Das war die grundsätzliche Auffassung der Arbeitnehmerschlichter! Der „Vorwärts“ berichtet also falsch, wenn er die Dinge, wie eine gang gezeichnet, wiedergibt. Bezüglich dem Drängen der Unternehmer, die absolut Bestrafung verlangten, gab der Vorsitzende nach Kompromißpolitik!

Lohnbewegung der in den Expeditionsbetrieben

Groß-Berlins beschäftigten Arbeitnehmer.

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Arbeitnehmer haben einen von der Tarifvertragskommission ausgearbeiteten Tarifvertragsentwurf nach einigen Abänderungsvorschlägen zugebilligt. Dieser Entwurf fordert u. a. für Außerer, Begleiter, Bodenarbeiter, Wächter und Stalleute 190 Mark Lohn pro Woche. Die reguläre Arbeitszeit soll 8 Stunden täglich betragen. Sonntagsarbeiten für Rollschuhfahrer, Begleiter und Bodenarbeiter dürfen nicht verlangt werden. Stalleute und Wächter haben jeden zweiten Sonntag vollständig freistellen. Erholungsurlaub wird verlangt: nach 1 Jahr 10 Arbeitstage, steigend nach 15 Jahren auf 25 Arbeitstage. Ferner soll in Krankheitsfällen an die Arbeitnehmer ein Zuschuß zum Lohn gezahlt werden. Außerdem wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschlichter bei Neueinstellungen von Arbeitskräften und Entlassungen verlangt. Zur Verhandlung mit den Unternehmern wurde aus dem Reihen der Arbeitnehmer eine Kommission gewählt.

Soeben erschienen!

Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten

Von Arthur Crispian.

Preis 50 Pfennig.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. o. m. b. H., Berlin, Abteilung Buchhandel, Schönebergdamm 19

